

Peter-Alexander Wacker

PARADOX: DER ZICKZACK-KURS INS NACHFOSSILE ZEITALTER



Peter-Alexander Wacker begann seine berufliche Karriere 1978 bei der BMW AG. 1996 trat er in die Geschäftsführung der Wacker Chemie ein, wurde 2001 zu deren Sprecher berufen und übernahm 2005 den Vorsitz des Vorstands. Seit 2008 ist er Vorsitzender des Aufsichtsrats der Wacker Chemie AG.

Ein Paradoxon ist bekanntlich ein Widerspruch, der sich ergibt, wenn gewohnte Denkweisen nicht gründlich genug hinterfragt werden. Hans-Werner Sinn liebt es seit jeher, solche Widersprüche aufzudecken, aufklärerisch zu wirken und mit Lust an der Pointe, zuspitzt – mitunter auch überspitzt – zu formulieren. Es ist deshalb nur konsequent, dass er seinem Buch zur Energie- und Klimapolitik den Titel *Das grüne Paradoxon* gegeben hat.

Wir als energieintensives Unternehmen sind mit diesem Paradoxon tagtäglich konfrontiert. Energie ist für den Chemiekonzern Wacker heute genauso ein Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit wie schon bei der Gründung des Unternehmens vor 101 Jahren. Bei der Suche nach einem Standort für das erste Wacker-Werk war die wichtigste Frage: Wo lässt sich zu möglichst geringen Stromkosten Carbid produzieren? Die Wahl fiel auf Burghausen. Das Wasser der Alz konnte dort mit Hilfe eines Kraftwerks für die energieintensive Produktion

genutzt werden. Rentabilitätsberechnungen, bei denen die Stromkosten im Mittelpunkt standen, gaben den Ausschlag für diese Entscheidung.

Einem streng wirtschaftlich denkenden Ökonomen wie Hans-Werner Sinn widerstrebt es, dass die Politik stark regulatorisch und systemwidrig in den Energiemarkt eingreift und so der zentrale Grundsatz der Marktwirtschaft von Angebot und Nachfrage ausgehebelt wird. Die Ökosteuer und das Erneuerbare-Energien-Gesetz sind für ihn nur zwei Beispiele dafür. Sie sollen dazu dienen, den Klimawandel zu verlangsamen und den CO₂-Ausstoß zu verringern. Sie sind für ihn der Beleg, dass Deutschland in der Klimafalle steckt. Aus Sicht der Industrie kann ich seiner Argumentation nur zustimmen.

Die hohen Energiekosten gefährden den Wirtschaftsstandort Deutschland. Mit Abgaben wie der EEG-Umlage schultern wir zusätzliche Lasten. Seit 2007 hat allein Wacker rund

215 Millionen Euro dafür gezahlt. Für Industrieunternehmen sind die Preise für Strom seit 2002 um 125 % gestiegen. Die Kilowattstunde Industriestrom kostet in Deutschland 11,57 Cent, in den USA 5,21 Cent. Wacker verbraucht hierzulande im Jahr rund 3,9 Terawattstunden Strom. Das ist mehr als 0,5 % des deutschen Stromverbrauchs. Hohe Energiepreise treffen uns besonders. Steigt der Strompreis um nur einen Cent pro Kilowattstunde, bedeutet das für uns eine zusätzliche Belastung von 25 Millionen Euro bei den Herstellungskosten.

Unsere unternehmerische Antwort auf die deutsche Energie- und Klimapolitik lautet: den Produktionsfaktor Energie ständig zu optimieren. Eigene Kraftwerke zu betreiben ist ein Weg. Wir tun das bereits mit Wasser- und Gaskraftwerken. Ein zweiter Weg ist die Energieeffizienz. Die Chemieindustrie ist darin heute schon Weltmeister. Mit chemischen Produkten lässt sich die doppelte Menge an Energie einsparen, die für die Produktion aufgewendet wird. Der dritte Weg ist die Suche nach Standorten mit niedrigen und langfristig stabilen Energiepreisen. Deshalb haben wir unseren neuen Produktionsstandort für Polysilicium im US-Bundesstaat Tennessee aufgebaut, der Ende 2015 in Betrieb gehen wird. Wir haben dort die Garantie bekommen, dass der Strompreis bis 2028 unverändert bleibt.

In Deutschland fällt es der Politik immer schwerer, für die Interessen der Wirtschaft einzutreten, weil »zu viel grüne Ideologie« die Oberhand gewonnen hat, wie es Hans-Werner Sinn formuliert hat. Unternehmen, die strategisch langfristig denken und handeln, brauchen Verlässlichkeit und Planbarkeit. Wenn verbindliche Zusagen oder Genehmigungen plötzlich zur Disposition gestellt werden, zerstören wir die Werte, auf denen wirtschaftli-

ches Handeln aufbaut: Verlässlichkeit und Vertrauen. Die Energiewende ist der beste Beweis dafür. Populistische Entscheidungen gefährden Investitionen, Wachstum und Beschäftigung.

An einem Punkt muss ich Hans-Werner Sinn allerdings widersprechen. Ich meine, es war richtig, Anreize für die Nutzung erneuerbarer Energiequellen zu schaffen. Es lässt sich darüber streiten, ob die Solarsubventionen besser in die Technologieentwicklung geflossen wären als in garantierte Einspeisevergütungen. Wir vergessen dabei schnell: Auch Atomkraftwerke und Kohlebergbau haben wir jahrzehntelang kräftig subventioniert. Aber innerhalb von wenigen Jahren ist es gelungen, eine in den Kinderschuhen steckende Technik so zu entwickeln, dass sie wettbewerbsfähig geworden ist und einen weltweiten Siegeszug angetreten hat. Das Paradoxon ist nur: Jetzt, wo die Preise stark gesunken sind und die Stromgestehungskosten bei 5 Eurocent pro Kilowattstunde liegen – was Solarstrom auch ohne Förderung wettbewerbsfähig macht –, ist der Markt für Photovoltaikanlagen in Deutschland um 75 % eingebrochen.

In einem anderen Punkt hat Hans-Werner Sinn bis heute Recht behalten: mit seiner Skepsis, dass sich das Klima retten lässt, indem wir durch den Einsatz der erneuerbaren Energien und eine höhere Energieeffizienz den CO₂-Ausstoß verringern. Der Rückgang der Nachfrage nach Öl, Gas und Kohle in Europa hat nicht zu einer Verknappung des Angebots fossiler Energieträger geführt. Ganz im Gegenteil. Die Preise für fossile Energieträger sind gefallen und so attraktiv, dass sogar mehr CO₂ in anderen Regionen der Welt ausgestoßen wird. Auch das ist ein Paradoxon der Energie- und Klimapolitik, das sich am Ende vielleicht nur mit seinem Vorschlag eines globalen Emissionshandelsystems lösen lässt.